

**Kleine Anfrage
der Fraktion der FDP vom 30.09.2025
und Mitteilung des Senats vom 11.11.2025**

Wie beurteilt der Senat das Potenzial europäischer Alternativen zur Ermittlungssoftware Palantir?

Vorbemerkung des Fragenstellers:

Bremen will beim Einsatz von Datenanalyse-Software in der Polizei nicht auf den US-Anbieter Palantir setzen und hat sich für eine europäische Lösung ausgesprochen. Dies ist zu begrüßen, da gerade bei sicherheitsrelevanten IT-Systemen, die tief in Grundrechte eingreifen können, der Anspruch verfolgt werden muss, unabhängiger von außereuropäischen Konzernen zu agieren. Digitale Souveränität, Datenschutz, wirtschaftliche Innovationsförderung und transparente Vergabeverfahren müssen zentrale Leitlinien einer modernen Technologiepolitik sein. Umso dringlicher stellt sich die Frage, ob und wie ernsthaft der Senat bereits vor seiner Ankündigung europäische Anbieter in seine strategischen Überlegungen einbezogen hat.

Der Senat beantwortet die Kleine Anfrage wie folgt:

1. Welche Kenntnisse hat der Senat über in Deutschland oder Europa entwickelte Softwarelösungen, die funktional mit der Ermittlungssoftware Palantir vergleichbar sind?

Während einige Länder auf Produkte der Firma Palantir setzen, hat Bremen zusammen mit den mehrheitlich ablehnenden Ländern im Verwaltungsrat des Polizei IT-Fonds im nationalen Projekt P20 eine Marktsichtung zu europäischen Alternativen durchgesetzt. Das Ergebnis bleibt abzuwarten.

2. Mit welchen deutschen bzw. europäischen Anbietern solcher Softwarelösungen hat es seitens des Senats oder seiner nachgeordneten Behörden in den letzten fünf Jahren Gespräche bzw. Kontaktaufnahmen gegeben?

Solche Gespräche wurden seitens des Landes Bremens weder gesucht noch geführt, da eine Verbundlösung angestrebt wird.

3. Welche konkreten Kriterien wendet der Senat bei der Prüfung von Alternativen zur Palantir-Software an?

Seitens P20 wird erst jetzt eine Alternative zu Produkten der Firma Palantir formal geprüft. Hierfür werden die konkreten Kriterien erst erarbeitet. Die alternative Lösung muss erfüllen, was wesentlich gegenüber den Produkten der Firma Palantir kritisiert wird. So muss die alternative Lösung im Kontext Datenschutz, Informationssicherheit und Verfassungstreue über alle Zweifel erhaben sein.

4. Wurden in den letzten fünf Jahren Pilotprojekte oder Evaluierungsmaßnahmen zur Erprobung deutscher bzw. europäischer Analyseplattformen in Bremen durchgeführt?

Nein. Es wird eine Verbundlösung über P20 angestrebt.

5. Welche konkreten Schritte unternimmt der Senat, um bei sensiblen Softwareanwendungen im Bereich der Inneren Sicherheit zu einer eigenständigeren, europäischen Technologiepolitik beizutragen?

Der IT-Haushalt der Polizeivollzugsbehörden im Land Bremen ist nicht umfangreich und im Vergleich mit den größeren Vollzugsbehörden bundesweit sehr knapp. Daraus ergibt sich, dass vorhandene Ressourcen prioritär zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes eingesetzt werden.

Nicht nur vor diesem Hintergrund setzt Bremen auf die vereinbarte Kooperation mit anderen Ländern sowie verstärkt auf das nationale Projekt P20. Hierin wirken zwei Mitarbeiter aus der Polizei Bremen in Verbundprojekten und Initiativen in Leitungsfunktionen mit und gestalten so z.B. mobile Abfragesysteme und Rechte- und Rollenkonzepte.

Parallel setzt die Polizei schon seit Jahren auf Open-Source-Produkte und Eigenentwicklungen, wo dies aktuell sinnvoll, personell umsetzbar und eine Umstrukturierung finanziell möglich ist. Die Abhängigkeit von amerikanischen Konzernen ist in der allgemeinen bremischen Verwaltung hoch. Umso aufgeschlossener werden die Bemühungen anderer Länder hinsichtlich eines Open-Source-Arbeitsplatzes oder Eigenentwicklungen von Dataport beobachtet.

Beschlussempfehlung:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) nimmt die Antwort des Senats auf die Kleine Anfrage zur Kenntnis.